

Zerstörtes Leben. Artikel von Alt-Nationalrat Prof. Jean Ziegler zu den fürsorgerischen Zwangsmassnahmen vor 1981 in der Schweiz
Gewerkschaftszeitung work, Zürich, 19. Januar 2018. Mit 13 Kommentaren
URL: <https://www.workzeitung.ch/2018/01/zerstoertes-leben/>
(Stand 20. Januar, 16.50 Uhr)



Jean Ziegler – la suisse existe

Zerstörtes Leben

[Jean Ziegler](#) 19. Januar 2018



Jean Ziegler

Es war Frühherbst in den Freiburger Alpen. Nasser Schnee fiel auf die Passstrasse des Moléson. Der Velofahrer trat unbeirrt in die Pedale. Seit zwei Tagen war Clément Wieilly unterwegs. Er kam von Freiburg und wollte zum Völkerbundpalast in Genf. Dort tagte im September 2017 die 36. Session des Uno-Menschenrechtsrates. Im Rucksack trug Wieilly Hunderte von Hand geschriebene Briefe, die von unsäglichem Leid zeugten. Ein Beamter nahm auf der regengepeitschten Place des Nations die Dokumente in Empfang. Dass diese Briefe zu einer völkerrechtlichen Verurteilung der Schweizer Regierung führen könnten, ist so gut wie ausgeschlossen. Denn der Menschenrechtsrat arbeitet nach dem Subsidiaritätsprinzip: Wenn ein Mitgliedstaat in einer Deliktsache bereits tätig geworden ist, tut die Uno nichts mehr.

DIE VERDINGKINDER. 85'000 Jungen und Mädchen sind im Laufe von fünf Generationen ihren meist bitterarmen Eltern durch Schweizer Behörden entrissen und in kirchlichen Waisenhäusern oder in Erziehungsanstalten eingelocht worden. Sexuelle Gewalt, Schläge, Essensentzug, Hilflosigkeit, Verzweiflung und zerstörtes Leben waren in den meisten

Fällen das Los der «Versorgten». Das fürchterliche Nazigesetz zur «administrativen Versorgung» wurde erst 1981 aufgehoben.

Als das Nazigesetz noch in Kraft war, sass ich im Nationalrat. Ich tat nichts. Ich schäme mich.

Die Schweiz, mein Land, hat ein schreckliches Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Als dieses Nazigesetz noch in Kraft war, sass ich im Nationalrat. Ich tat nichts. Ich schäme mich. Bis zu meinem Lebensende.

Im Herbst 2016 bewilligte die Bundesversammlung einen Kredit von 300 Millionen Franken. Für jede administrativ versorgte Person wurde eine Wiedergutmachungssumme von maximal 25'000 Franken bewilligt. Ende der Gesuchsfrist ist der kommende März.

Und jetzt kommt das Problem: Viele der etwa 20'000 heute noch Lebenden, denen Schweizer Behörden die Kindheit, die Jugend, häufig das ganze Leben zerstört haben, melden sich nicht.

DIE WUNDEN HEILEN NICHT. Clément Wieilly wurde als Dreijähriger seiner Mutter entrissen und im Bürgerlichen Waisenhaus in Freiburg deponiert. Zwei Jahre später wurde er als Verdingkind an einen Bauern verschachert: Schwerstarbeit und Einsamkeit von morgens früh bis abends spät, tagtäglich, eine ganze Kindheit lang. Heute ist er 63 Jahre alt und gehört zu den wenigen ehemaligen Verdingkindern, die nicht gebrochen sind. Er gründete den Verein «Agir pour la dignité» (Handeln für die Menschenwürde), der Lebensberichte und Gesuche sammelt. Hunderte von Opfern haben Wieilly bisher geschrieben. Aber eben: immer noch viel zu wenige. Denn die Wunden sind nicht verheilt, und manche Opfer können dem erfahrenen Leid keinen Ausdruck verleihen.

Versöhnung mit dem Verbrechen kann es nicht geben. Aber zu hoffen ist, dass bis zum Ende der Gesuchsfrist in wenigen Wochen so viele Zeugnisse wie möglich im Bundeshaus deponiert werden.

Kontakt für Opfer der administrativen Versorgung, die noch kein Gesuch gestellt haben: Agir pour la dignité, Clément Wieilly, Route des Combes 6, 1772 Ponthaux, Telefon 079 564 42 27.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.

-
- [Twittern](#)
- [Per E-Mail versenden](#)
- [Drucken](#)

13 Kommentare

1. *Ernst Spichiger*

19. Januar 2018 um 11:07 Uhr

Ich habe es selbst erlebt, bin am 6.8.1951 geboren.

Ich glaube, das die Angst der seelischen Wunden unerträglich ist, die Geschichte noch einmal auf zu rollen. Viele sind gestorben, oder haben ihr Leben selbst beendet. Ich habe das Gesuch nicht ganz aus gefüllt, weil die Vergangenheit noch immer schmerzt.

Aber ich habe meine schmerzlichen Erinnerungen, der traurigen schweizer Geschichte, wie ich es als Kind erlebt habe, aufgeschrieben.

Wie ich gefühlt und geweint habe.

Das braucht viel Kraft.

Gesundheitlich kämpfe ich bis zum heutigen Tag. Ärzte können mir nicht mehr helfen. Das leben geht langsam zu ende. Ich hoffe das wenigstens meine Aufopfernde krank Frau die unterschätzung noch erlebt. Das wäre eine hilfreich, wenn ich gestorben bin.

Antworten

- o *hauhau*

19. Januar 2018 um 14:23 Uhr

das tut mir leid für dich und deine frau und hoffe du erhältst wenigsten etwas „schmezzgeld“ bin selber auch betroffener und sage dir du hast absolut recht, nach 17 jahren Psychotherapie jede Woche 1 std. kann ich heute wenigstens darüber sprechen (schreiben) trotzdem werde ich diese Trauma mit ins grab nehmen die narbe heilt nie! die wunde ist heute kleiner, aber jetzt wo ich mit den antidepressia aufhöre ist der schmerz wieder gröesse, durchhalten und kopf hoch du bist ein wertvoller mensch toitoi

Antworten

2. *Edouard Rieben*

19. Januar 2018 um 12:58 Uhr

Chapeau!

habe das Layout und verschiedenes anderes schon lange als hervorragend empfunden. Macht weiter

Herzliche Grüsse Edi Rieben, Fotograf BR, Biel/Arles

Antworten

3. *Ursula Biondi*

19. Januar 2018 um 14:24 Uhr

Jean Ziegler zeigt Mut hinzustehen und ich danke ihm dafür! Ich hoffe fest, dass sich noch weitere Verantwortliche melden werden.

Wie ich es am „Zwischenbilanzworkshop der UEK“, am 18. Januar 2017 bereits erwähnt habe, hätte das ganze Leiden und der ganze Energieverschleiss für die

Aufarbeitung vermieden oder gelindert werden können, wenn der Staat seinerzeit die administrativ versorgte Menschen – zumindest nach der Ratifikation der EMRK 1981 rehabilitiert hätte. – Nein, der Staat hat es nicht für nötig gehalten, dies zu tun. Tausende von administrativ versorgten Menschen mussten buchstäblich da hindurch, was ihnen bis heute zu all den Traumatisierungen, Flashbacks und Stigmatisierungen, etc. zusätzlich noch einen Rattenschwanz von Widrigkeiten beschert!

Abschliessend: Der ganze unerbittliche Kampf der Betroffenen dient schliesslich auch der Vorbeugung, damit ähnliche Verbrechen gegenüber Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, nicht mehr passieren können. Dies sind wir der nächsten Generation schuldig.

ehem. Präsidentin Verein RAVIA (Administrativ-Versorgte 1942-1981) & Mitglied des Initiativkomitees Wiedergutmachungsinitiative
<http://www.administrativ-versorgte.ch>

Antworten

- o *hauhau*

19. Januar 2018 um 15:05 Uhr

UND alle opfer warten....

ganz genau dieser Meinung bin ich auch, verstehe die Warterei auch n icht, nachdem klar ist das nur 75mio. fr gebraucht wir (4000 pers.) ich habe mein gesuch im nov.2016 eingereicht, nachdem ich dankbarerweise einen zustupf vom solidaritätsfonds erhalten habe, und klar ist das ich nach 17 jahren Psychotherapie zur traumaaufarbeitung klar ein opfer bin, warten wir halt bis wir sterben wie wir gelebt haben am rande der Gesellschaft, arm geboren arm gestorben was sollst, Hauptsache das über 200 mio. zurück an den Staat geht und nicht den opfern zugute kommt, bravo, die Gesellschaft spricht Politiker haben echt toll was gelernt aus der geschite, ohrfeigen sind wir opfer ja gewöhnt, es schmerzt mittlerweile auch nicht mehr, eine mehr....

Antworten

- o *R. Rüedi*

19. Januar 2018 um 21:33 Uhr

Bravo Fau Biondi. Wie recht Sie (leider) doch haben. Ein Land, dessen Vergangenheit so dunkle Schatten wie die der Schweiz hinterlässt, hätte allen Grund, sich gegenüber Opfern von FSZM sozialer und wohlwohler zu verhalten. Z.B. Kooperation mit Nazideutschland im 2. Weltkrieg, Holocaust, Goldmillionen der NB usw. usw. Die Nichtkooperation und Passivität durch BR Sommaruga und den Delegierten Mader in unserer Sache ist geradezu himmelschreiend. Von dem uns angebotenen Almosen noch gar nicht gesprochen. Man setze nur einmal die 300 Mio bzw. 25'000.00 Franken ins Verhältnis zu dem Nationalbankgewinn von 54 Mia bzw. den 1,33 Mia Ausschüttungen an die Kantone und man stellt leicht fest, dass Geld im

Ueberfluss vorhanden ist. Einfach nicht für uns Aermste, den Betroffenen. Ein 3-faches Pfui für Helvetia!

Antworten

4. *Uigeadail Eisenberg*

19. Januar 2018 um 16:08 Uhr

Hmm, ich bin einer derer, die am Schluss versorgt wurden. Mit Jahrgang 1965 habe ich vieles dennoch mitgemacht. Ab Geburt den Unehelichen Eltern weggenommen, zu Pflegeeltern gesteckt, neuen Namen bekommen, nach Jahren liessen sich die Pflegeeltern scheiden und ich kam zur Pflegemutter und erhielt wieder neuen Namen, danach abgeschoben in Heime, Internate, Klosterinternate, Schwererziehbare Kinder Anstalten und so weiter. Schläge, Sexueller Missbrauch alles durchgemacht. Gebrochen haben sie mich nie.

Doch die Gesundheit leidet darunter, heute mit 53 bin ich ein seelisches Wrack, Körperlich auch nicht mehr auf der Höhe. Beginne jetzt eine Traumatherapie. Bin Arbeitslose, finde nichts mehr, bin zu kaputt.

Und dann wird eröffnet, dass zuerst die 75 Jährigen Kranken dran kommen. Ok damit kann ich leben, dann, heisst es in zweiter Welle die über 60 Jährigen und dann erst die anderen.

Das heisst, ich bin wenn ich Glück habe, 2021 drann. Nur weiss ich dann wie es mir geht..ob ich dann noch zurechnungsfähig bin. Denn ich zweifel schon heute...

Antworten

o *Gabriela Pereira*

20. Januar 2018 um 9:43 Uhr

Ja; Sie weisen auf wichtige Kriterien hin, die aufzeigen, was diese Aufarbeitung antreibt. Es gäbe viel aufzuzeigen, anhand der Organisationsstruktur der BJ-Aufarbeitung, anhand der Machtfülle einzelner Beauftragter, anhand des Umganges mit der Soforthilfe, anhand der Zeugnisse, die öffentlich transportiert wurden, anhand des Umganges mit dem „Solidaritäts“Beitrag, anhand des Umganges mit der Möglichkeit ein Selbsthilfeprojekt zu verwirklichen. Dabei zeigt sich sehr deutlich und ohne weiteres nachweisbar, dass „jüngere“ Zeitzeugen FSZM diskriminiert wurden und werden, weil wir mit unserem Zeugnis aufzeigen könnten, wie die Diffamierungskampagnen gegen Sozialhilfe-, IV-Revisionsbetroffene wirkt. Denn damit hätten sich dieselben fragen müssen, wie sie wieder Menschen (und wieder aus unteren Schichten), heute noch massiv beschädigen, gar in ihrer Würde (per Gesetz, per Richtlinien) verletzen. Bis weit in „linke“ Kreise ist inzwischen wieder selbstverständlich, dass Armutsbetroffene bspw. in ihrem Niederlassungsrecht eingeschränkt, gar verhindert werden. Recht auf Hilfe in Not, hat inzwischen wieder nur, wer sich verdingen lässt. Und es wird noch

viel schlimmer werden, wenn man die momentanen Vorstösse, Vernehmlassungen nur schon bezüglich IV studiert. Beispielsweise würde die Soforthilfe geschaffen, um die materiell Ärmsten unter uns etwas zu unterstützen. Das war ursprünglich der Auftrag. Dann wurden plötzlich und stillschweigend neue Kriterien beschlossen. Wer sehr alt und nachweisbar krank war, erhielt höhere, meist wohl gar den Höchstbetrag. Dasselbe beim Auszahlungsmodus zum Solibeitrag. Auch ich rechne damit, dass gerade wir „Jüngeren“ auf die möglichst lange Bank geschoben werden. Wir haben noch zusätzlich das Pech, dass wir in einer wirtschaftlich-gesellschaftlicher Situation zunehmend alt werden, indem Menschen bis in die Mittelschicht, mir nichts, dir nichts, ins Aus befördert werden. Mit fatalen Folgen. Und dies auch noch, mit der absoluten Garantie, dass unsere körperlichen Beschädigung, durch massive Misshandlungen, die an Folter nicht nur erinnern, sich naturgemäss ab einem gewissen Alter Bahn brechen. Aber; es lohnt eben, gerade an uns „Jüngeren“ zu sparen, weil so auch noch die Mindestrente gespart werden kann. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir noch vor der Auszahlung sterben, wird damit befördert. Und das zeigt auf, wie groß die Missachtung gegen Armutsbetroffene allgemein ist. Denn die 25000 Franken sind alles andere als nachhaltig. Sie werden uns Armutsbetroffenen nur eine kurze Zeit ermöglichen, in der wir nicht um alles betteln müssen, in der wir auch mal Zug fahren können, in ein Restaurant gehen können, endlich ein neues Bett kaufen können, usw. usf. Denn genau das wird sehr laut verschwiegen; wie es sich lebt, wenn man jahrelang in der Sozialhilfe zu verharren hat, ohne geringste Chance, egal, wie oft man sich bewirbt. Und wie tödlich das sein kann. Und längst hätte man wenigstens anhand der Soforthilfesuche erheben können, wie viele von uns in der Sozialhilfe landeten, weil die IV-Revisionen angetrieben wurden. Und gerade am Umgang mit uns, die wir durch Armut und Krankheit verletzlich sind, misst sich die Schwäche dieser Aufarbeitung.

Antworten

5. R.Rüedi

19. Januar 2018 um 21:20 Uhr

Danke Herr Ziegler. Was ich bzw. wir zahlreichen Betroffene schon immer wussten ist, dass die Schweiz je länger als mehr als (Un)rechtsstaat entwickelt hat. Demokratie ist in diesem Land zu einem Fremdwort mutiert. Als selbst (Jg. 45) schwer Betroffener, renne ich seit 7 Jahren gegen eine Wand. Als Baby verfrachtete man mich in ein Babyheim. Mit 6 Jahren für 5 Jahre in ein Kinderheim. Alsdann auf 2 Bauernhöfe mit Schwerstarbeit. Das genügte aber noch nicht. Unbescholten und mit lupenreinem Leumund landete ich für 2 Jahre in einem Schwererziehbarenheim unter Kriminellen. Ungezählte Anläufe an Aemter und Institutionen nach den Gründen sind mir kategorisch verweigert worden. Selbst die Suche nach meinem biologischen Vater wurde durch diese Staatsscheusale verweigert. Und überhaupt besteht der zwingende Verdacht, dass der Staat mit gewissen Aemtern und Gemeinden etc. gemeinsame Sache macht, dass ja nichts an die Oeffentlichkeit gelangt. Dass die Schweiz aus ihren dunkeln Kapiteln in der Vergangenheit überhaupt nicht gelernt hat und auch nicht gewillt ist zu lernen, demonstriert sie uns aus niedrigen Gründen tagtäglich. Und auf dieses „Helvetchen“ sollen wir noch stolz sein. Das ich nicht lache. Ehre wem sie

gebührt – Verachtung wer sie redlich verdient...

R. Rüedi

Antworten

6. *Christian*

20. Januar 2018 um 2:34 Uhr

Zu später Stund...

Herzlichen Dank Herr Ziegler, Ihre Worte sind weitere wichtige Signale & Zeichen! Es macht aufmerksam das Lernprozesse & Veränderungen möglich sind, auch wenn es verständlicherweise für gewisse Betroffene zu langsam oder zu spät geschieht – viele Betroffene sind schon lange von uns gegangen. Und nun zeichnet es sich ab, dass vermutlich ein grosser Teil an Betroffene sich nicht für den Solidaritätsbeitrag & für die wissenschaftliche Aufarbeitung melden werden. Einige Gründe kann man aus dem Artikel & aus den Kommentaren entnehmen, und auf weitere möchte ich gerne noch hinweisen.

Also, es gibt Betroffene die bräuchten eigentlich mehr Zeit für die Anmeldung, weil sie psychisch nicht in der Verfassung sind in der gegebener Frist zu reagieren. Das ist nicht Ausdruck von Unvermögen, sondern Ausdruck der immensen psychischen & seelischen Schädigungen und die kleineren Schritte die diese Betroffene (in ihrem Leben) unternehmen können.

Nicht zu vergessen sind Betroffene die geistig/mental handikapiert sind, wenn die keine Hilfe erhalten, werden sie vermutlich auch nichts tun – es muss davon ausgegangen werden das solche Betroffene die ganze "Sache" vermutlich nicht einmal verstehen & nachvollziehen können.

Weitere Betroffene werden sich nicht melden, weil der Solidaritätsbeitrag keine "Reparation" darstellt!!

Andere Betroffene werden sich nicht melden (können), weil sie z.B. bei den Anlaufstellen/Opferhilfe schikaniert oder während der Aktensuche in die Irre geführt, angelogen und/oder eingeschüchtert wurden. Das ist mir persönlich geschehen, deshalb wird nun bei gegebener Zeit Strafanzeige erstattet. Jetzt muss offenbar abgeklärt werden, ob dass "Recht auf Akteneinsicht" besteht oder nicht.

Weitere Gründe sind Ängste vor erneuter Stigmatisierung und Ausgrenzung, welche auch die Kinder von Betroffenen treffen können.

Auch haben Betroffene Angst sich zu "outen", z.B. wegen Repressionen, "Bestrafungen" die eintreten können – denn so einige Täter/Innen, bzw. (ehemalige) Verantwortliche (und/oder ihre Kinder) sind noch am leben & das sind zum Teil "gefährliche" Menschen mit Beziehungen/Netzwerke/Seilschaften usw..

Ein weiterer Grund weshalb sich Betroffene nicht melden ist die Tatsache, dass zum Teil ihre Kinder zu den "Opfer nach 1981" gehören! Die Problematik "Nach 1981" ("Behördenwillkür") ist selbstverständlich für die aktuelle bürgerliche dominierte Regierung in Bundes-Bern ein heisses Eisen. Je näher auf der Zeitachse solche Probleme heranrücken, um so grösser der Drang negieren, verdrängen und/oder verschleiern zu wollen.

Also, die Gründe für das nicht melden sind vielschichtig. Und Wertesysteme, Verhaltensmuster und Eigenschaften wofür Sie Herr Ziegler sich jetzt schämen, sind heute auf eine Weise leider genau so präsent wie in der Vergangenheit.

Jemand sagte mal: „man kann Menschen in Schulen, in höhere Ausbildungen schicken, aber man kann nicht machen das sie lernen.“ Also, der Über-Lebenskampf in der Schweiz geht weiter und wichtig ist, dass wir Betroffene nicht aufgeben – auch ihr “Opfer nach 1981“, haltet durch und/oder fangt auch an (mit) zu kämpfen!

Antworten

7. Gabriela Pereira

20. Januar 2018 um 7:33 Uhr

Ja, Herr Zieglers Hinstehen ist wichtig. Und die Kommentare aller Zeitzeugen FSZM hier haben Gehalt, zeigen auf, was hätte bewegt werden können, hätten wenigstens nach dem Casino-Anlass April 13 unsere Zeugnisse Öffentlichkeit erhalten. Nur schon der Umstand, dass während den letzten Jahren nur ausgesuchte Zeugnisse gehört werden konnten, zeigt die Verlogenheit dieser Aufarbeitung, denn Tausende sind in den letzten Jahren gestorben (worden). Und jetzt beginnt es erst, dass unser Leid besprochen, verhandelt wird. Während Jahrzehnten wurde die Unterschicht (i.a.R.) dienstbar gemacht, durch Verdingung. Allein im Kanton Bern wurden während Kriegs- und Krisenjahren tausende Kinder pro Jahr zu Zwangsarbeitern. Versucht man, anhand von wissenschaftlichen Studien, Berichten, herauszufinden, wie viele Kinder aus der Unterschicht nur schon ab 1848 Opfer wurden, könnte man auf eine Zahl von 6 Mio. kommen. Der „Reichtum“ der Schweiz wuchs also nicht „nur“, indem die Schweizer Obrigkeit allzu gerne das Gold der Nazis in Sicherheit brachten; er wuchs auch durch all die Kinder, die in Fabriken, bei Bauern, usw. verheizt wurden. Und selbstverständlich hörte das mit Gesetzesänderung per 1981 nicht auf. Die Kinderarbeit, übrigens, die bereits vor 1900 in Fabriken verboten war, wurde erst etwa 20 Jahre später (wenigstens bei Fabriken) eingestellt. Kinderarbeit bei Bauern, gab es bis in die 90-er Jahre. Und wie lange es dauerte, bis das Frauenstimmrecht auch bis ins letzte Eck Realität war, kann jeder selber recherchieren.

Und da, bis zum Gehtnichtmehr, diese Verbrechen an der Unterschicht unter möglichst dicke Teppiche (und immer wieder) gewischt wurden, ist eine wahrhaftige wissenschaftliche Aufarbeitung gar nicht mehr möglich. Mich hatte es kalt erwischt; ich hätte nie gedacht, dass es je auch nur annähernd auf den Teppich kommen darf; weil es die Unterschicht betraf. Nun muss ich nach vier Jahren (und ich befasse mich seit über 10 Jahren intensiv mit dem Thema) feststellen, dass wir schlicht benutzt wurden, weiterhin benutzt werden. Da dachte wohl jemand, der Bauernpartei eins vor den Bug knallen zu können, weil man in ein Departement versorgt wurde? Nicht wissend, dass die TäterInnen aus fast allen Berufs“schichten“ kommen, vom Bauern, über den Pfarrer, die Polizei und viele, viele Juristen (meist Männer)? Inzwischen frage ich mich, ob die Vorsteherin überhaupt wusste, wofür sie sich entschuldigte? Und dann, während der letzten vier Jahre zu erfahren, dass dieses „wir reden mit ihnen“ nur eine Farce war, ausschließlich den Geheimnis- und Informationsträgern am Runden Tisch, nun der Cocosol, zugestanden wird. Und wie geschlossen diese Gefässe sind, kann jeder Zeitzeuge FSZM herausfinden. Wir, der Rest, wird missachtet, gar abgewertet, diffamiert.

Noch ein Hinweis, um aufzuzeigen, wie „wichtig“ die Verbrechen an uns sind. Als die Fichenaffäre aufflog, brodelte es, namhafte Schriftsteller gingen auf die Barrikaden. Überlegen Sie alle mal, was mit uns gemacht wird: Wir wurden alle nicht nur fichiert, sondern die meisten von uns an Körper und Seele derart beschädigt, dass wir, selbst

wenn uns eine Ausbildung ermöglicht/erlaubt worden wäre, bis an unser Lebensende mit Schmerzen zu leben haben. Und selbst das haben wir gelernt, ist für uns tägliches Brot. Und, wie und wer redet öffentlich über unsere Erfahrungen? Ich könnte noch sehr, sehr viel schreiben, schrieb sehr viel, dokumentierte. Und damit bin ich nicht alleine. Irgendwann wird sich vielleicht jemand die Mühe machen, diese BJ-Aufarbeitung aufzuarbeiten, all die Mails zu lesen, die missachtet wurden, ab und an mit schlimmen Zuschreibungen „beantwortet“ wurden. Nur die Zeitzeugen FSZM mit ausreichend sozialem Status, mit Netzwerk, konnte man nicht derart übergehen. Jetzt hoffe ich, dass mein langer Kommentar veröffentlicht wird; denn ihr habt Kinder, wie Schmetterlinge, flügelnd ins Feuer der Nutzbarmachung geworfen (Anlehnung an Nelly Sachs). Gabriela Pereira

Antworten

- o *hauhau*

20. Januar 2018 um 12:20 Uhr

@Gabriela Pereira sie haben absolut recht, mich persönlich wird es bis ins grab „verfolgen“, von den 25000 gebe ich meinen 2 kindern und meiner frau (getrennt infolge meiner Psyche) total 15000 damit ich wenigstens ein bisschen was vererben kann, das ist mir wichtig, ich bin dankbar das wir etwas erhalten und vielleicht wenigstens 1-3 jahre uns ein neues bett leisten und mal auswärts essen könne, einen monatlichen zustupf wäre für viele vielleicht noch besser, ich habe erst letztes jahr angefangen meine kinder (30 u31jährig) zu informieren was mir wiederfahren ist als ich als 3 jähriger in die lieblose welt geworfen wurde, schrecklich, meine kindern können nicht mal zuhören was mir wiederfahren ist ohne zu weihen (und selber hilflos zuzuhören) also höre ich auf mehr zu erzählen, was denkt die Gesellschaft, was ich meinen überalles geliebten kindern „unbewusst,als last und Stigmata“ „mitgegeben“ habe?? die vererbungs-sünde ohne schuld..... in diesem sinne fordere ich die Politiker dringend auf, die restlich zugesprochenen Millionen (ca.150-200) für opfer zu reservieren und die fristen zur Einreichung eines gesuches zu verlängern (reservieren) und nicht einfach wieder zurück in die staatkasse zu legen und ende feuer!!! allenfalls eine monatlichen rentenzustupf zu prüfen damit wir opfer wenigstens etwas länger ein menschwürdiges Lebensende führen dürfen, infolge der seelischen schäden werden opfer leider nicht all zu alt, dien narben töten... geschweige allen die es nicht mehr ertragen und ihrem leben/vegetieren ein ende setzten,für aussenstehenden ist es unmöglich „unser Trauma“ zu verstehen, unmöglich... ..ich hoffe die taten für „uns“ werden folgen.....und nicht nur schöne worte..... herr prof. ziegler hat einen anfang gemacht, ich hoffe vielen werden ihm folgen, die Hoffnung stirbt am schluss.....

Antworten

- *Gabriela Pereira*

20. Januar 2018 um 14:55 Uhr

@hauhau (was für ein Nick!) Ja, das sehe ich auch so: Sozialer Status wird deshalb an die Nachkommen weiter gegeben, weil die Schichten derart voneinander getrennt leben. Gerade wir könnten erzählen, wie systematisch wir von allen Ressourcen fern gehalten wurden. Es geht da oben um Machterhalt. Deshalb erwarte ich von da gar nichts, was unsere Leben endlich verbessern könnte. Nur eine kurze Zeit hatte ich zumindest einen kleinen Hoffnungsschimmer. Aber nachdem das Gesetz durch war, fielen alle Masken. Anstatt nun zu akzeptieren, dass sich etwa 6000 Zeitzeugen FSZM bis Ende März 18 melden werden (und damit die Entscheidung derer zu respektieren, die kein Gesuch stellen wollen), alles für die Gesuchssteller zu tun, die in Armut leben (laut Mail des BJ sind ein Drittel unter 66 Jahre alt), sie endlich würdig zu behandeln (und ich verstehe die Würde der Menschen als die Möglichkeit selbstbestimmt zu handeln und zu denken), werden wir für parteipolitische Grabenkämpfe benutzt. Wenn nun die Frist verlängert würde, ohne unsere Situation zu verbessern (hieß auch keine Verzögerungen bei der Auszahlung), dann ginge das wieder zu unseren Lasten. Alles was dieses Trauerspiel und die Berichterstattung darüber verlängert, kann ich nicht mehr gut finden. Weil sich einige mit unserem Leid als ihre Bühne profilieren mussten. Denn es ist zu erwarten, dass Herr Ziegler die Ausnahme bleiben wird, und auch diese kleine Gelegenheit, wo alle, die wollen, schreiben können. Es wird weiterhin Mist über uns erzählt werden, und man könnte bei fast allem, was in den Medien über uns geschrieben oder gesagt wurde, sehr selektive Fakten finden. Ausgelassen wurde immer dasselbe; das, was verraten hätte können, dass die TäterInnen selbstverständlich noch leben. Das, was verraten hätte können, dass längst wieder ähnliche Zwangsmaßnahmen eingeführt wurden. Und nun wird noch darüber geschwafelt, warum sich zu wenige (sic!) meldeten, so, als hätte man nicht sehr gezielt darauf hingearbeitet, damit sich möglichst wenige melden (deshalb die Deckelung von höchstens 25000.-); durch den Umgang des BJ mit uns, durch die Organisationsstruktur dieser Aufarbeitung des BJ. Ich habe Betroffenenforen erlebt, wo ich innerlich nur noch schreien konnte, danach tagelang krank war. Man hatte keine Chance. Nicht nur durch den viel zu engen und grellen Raum, sondern auch, weil all die Not, die diese Aufarbeitung bei uns bewirkte, dort sich Bahn brechen musste. Und das Schlimme ist, dass es nicht lange dauerte, bis uns die Schuld gegeben wurde, bis wir gegeneinander ausgespielt wurden. Ich konnte diese Aufarbeitung nicht ignorieren, schaffte das nicht, weil ich schon immer an gesellschaftlichen Themen interessiert war. Aber ich bewundere alle, die dieser Aufarbeitung das zeigen konnten, was sie verdient hat: ihren verlängerten Rücken. Sei es, weil sie nun wenigstens eine Rente haben, nicht mehr täglich um ihre Existenz ringen müssen, sei es, weil sie nun wieder eine Familie haben, die ihnen gut tut. Aber eben, nicht mal dazu reichte die Berichterstattung, nämlich endlich breit zu berichten, dass unsere Familien systematisch auseinandergerissen wurden, dass wir immer wieder zu verreisen hatten, teilweise in fast alle Kantone dieses Landes, dass wir kaum Möglichkeiten hatten, uns wieder ein haltendes soziales Netz zu knüpfen. Und das steht im allerkrassesten Widerspruch zu all

den Seilschaften, über die PolitikerInnen, aber auch die Behördenvertreter des Runden Tisches, jederzeit, formell oder informell, zu verfügen wissen. Ich möchte nicht mehr mit diesem Mist zugedeckt werden, um dann auch noch vernehmen zu müssen, wie sehr ich stinke. Wirklich nicht. Wir hätten so viel zu erzählen, jeder von uns. Aber es reden immer dieselben. Und indem nun wieder verschwiegen wird, dass unter uns viele Armutsbetroffene sind, dass es viele eben nicht geschafft haben, sondern geschafft wurden, aber trotzdem noch leben (und immer, wenn uns mal Raum gegeben wird, kommt auch diese Kraft in uns deutlich zum Ausdruck), wird nicht nur die Armut weiterhin in die Schamecke gestellt, sondern wird der nicht mehr enden wollenden Diffamierung gegen Armutsbetroffene in der Schweiz (egal ob mit oder ohne Pass) auch noch diese Bühne gelassen, und damit die Stigmatisierung für Jahre zementiert. Hier wurde eine große Chance auf parteipolitischer Ebene einfach so verspielt. Und wurde gezielt verspielt. Denn dort oben mag es SP haben, doch i.a.R. nur der rechte Flügel.

[Antworten](#)